Ä52

Antrag

Initiator*innen: Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Titel: **Ä52 zu A3: Charlottenburg-Wilmersdorf hält zusammen**

Antragstext

Von Zeile 244 bis 249 löschen:

Für einen lebenswerten Bezirk ist es wichtig, dass ~~bereits Kinder und Jugendliche mitreden und mit gestalten dürfen. Jedes Kind soll bis zur Volljährigkeit mindestens eine Beteiligungserfahrung machen. Daher bauen wir Beteiligungsmöglichkeiten aus: Schüler*innen-Haushalte, Bezirksschülerrat, Kinder- und Jugendparlament, sowie neue Formate zeigen, dass die Stimmen von Kindern und Jugendlichen zählen.~~

Von Zeile 445 bis 529 löschen:

~~**Verantwortungsvoll verwalten – gerecht finanzieren**~~
~~Wir stehen für eine moderne, bürgernahe und zukunftsfähige Verwaltung. Wir wollen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Vielfalt als Leitprinzipien unseres Handelns verankern – für mehr Service, Transparenz und Teilhabe. Eine starke finanzielle Grundlage sichert die Handlungsfähigkeit unseres Bezirks. Den Katastrophenschutz stärken und modernisieren wir um besser vorbereitet auf neue Herausforderung zu sein. So gestalten wir ein Charlottenburg-Wilmersdorf, das gerecht, innovativ und resilient in die Zukunft geht.~~
~~**Unsere wichtigsten Forderungen:**~~

- ~~Klare Digitalstrategie für den Bezirk~~
- ~~Organisations- und Personalentwicklung im Hinblick auf Diversität vorantreiben~~
- ~~Mehr Planungssicherheit durch Regelfinanzierung statt Flickenteppich mit Sonderprogrammen~~

- Katastrophenschutz mit Notfallkonzepten und ausfallsicherer Ausstattung resilient aufstellen

Verwaltung – digital, bürgernah und sicher

Eine moderne, leistungsfähige Bezirksverwaltung ist die Grundlage für eine bürgernahe, effiziente und zukunftsfähige Demokratie. Wir werden daher die Digitalisierung der Verwaltung konsequent vorantreiben – mit dem Ziel, den Service für Bürger*innen und Unternehmen deutlich zu verbessern, Verfahren zu beschleunigen und die Transparenz zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass innerhalb der Bezirksverwaltung die Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesse effizienter, kundenorientierter und vor allem digital gestaltet werden, sodass Anträge in der vom Gesetzgeber vorgesehen Frist - im Regelfall ein bis drei Monate - auch bearbeitet werden können.

Digitale Angebote ermöglichen einen unkomplizierten Zugang zu Verwaltungsleistungen – unabhängig von Öffnungszeiten oder Wohnort. Wir werden dafür sorgen, dass Anträge online gestellt, Unterlagen digital eingereicht und Bearbeitungsstände eingesehen werden können. Bürger*innen sparen so Zeit, Aufwand und Wege. Gleichzeitig entlastet eine digital gut aufgestellte Verwaltung auch die Mitarbeiter*innen, indem Routineaufgaben reduziert werden und mehr Raum für individuelle Beratung bleibt.

Damit dieser Wandel gelingt, braucht es eine klare Digitalstrategie auf Bezirksebene, die alle Verwaltungsbereiche einbezieht. Wir werden die elektronische Aktenführung vorantreiben und die IT-Sicherheit erhöhen. Mit Schulungen und moderner IT-Ausstattung machen wir die Verwaltung fit für die Digitalisierung und beziehen alle Mitarbeiter*innen aktiv in den digitalen Wandel ein.

Nachhaltige Beschaffung

Bei der Beschaffung setzen wir klare Schwerpunkte: ökologisch, langlebig und wirtschaftlich. Produkte sollen vor der Anschaffung auf ihren ökologischen Fußabdruck, ihre Haltbarkeit und mögliche Folgekosten geprüft werden. Nur langlebige und energieeffiziente Lösungen sind langfristig sinnvoll – für Haushalt und Klima gleichermaßen.

Dies gilt auch für Soft- und Hardware: Auch hier müssen wir umweltfreundliche Produkte und Systeme beschaffen. Angesichts zunehmender Cyberangriffe ist Datensicherheit zentral. Bürger*innen sollen nicht die Sorge haben, dass ihre persönlichen Daten im Netz landen. Daher müssen wir bei der Beschaffung von Hard- und Software ebenso auf Sicherheit achten. Wir werden sichere, nachhaltige IT-Lösungen einsetzen und die Mitarbeiter*innen durch regelmäßige Schulungen im Bereich IT- und Datensicherheit unterstützen.

Vielfalt stärken, Verwaltung inklusiv gestalten

~~Wir setzen uns für eine Verwaltung ein, die die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und aktiv fördert. Grundlage sind das Landesgleichstellungsgesetz (LGG), das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und das Berliner Diversity-Landesprogramm. Unser Ziel ist eine chancengerechte, diskriminierungsfreie und inklusive Verwaltungskultur, die von Wertschätzung, Teilhabe und Transparenz geprägt ist.~~

~~Dafür prüfen wir Verwaltungsstrukturen und Prozesse kritisch auf Diskriminierungsrisiken und bauen diese ab. Wir werden die diversitätsorientierte Organisationsentwicklung weiterentwickeln, um Strukturen inklusiv zu gestalten. Um Vielfalt in der Verwaltung sichtbarer zu machen, stärken wir gezielt Kommunikation, Sprache und Öffentlichkeitsarbeit. Für alle Beschäftigen und Führungskräfte werden wir Schulungen für eine inklusive und gerechte Arbeitskultur anbieten. Wir fördern bezirksinterne und landesweite Netzwerksarbeit, um Austausch und Kooperation zu stärken. Durch faire Chancen, Partizipation und flexible Strukturen steigern wir die Attraktivität des Bezirksamts als Arbeitgeber.~~

~~**Starke Finanzen – handlungsfähiger Bezirk**~~

~~Eine leistungsfähige Verwaltung braucht eine verlässliche finanzielle Grundlage. Wenn Bund oder Land dem Bezirk neue Aufgaben übertragen, müssen dafür auch das nötige Personal und die finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Das Konnexitätsprinzip – „wer bestellt, der zahlt“ – muss konsequent umgesetzt werden. Nur so können wir vor Ort verlässlich handeln, unsere Stadt nachhaltig gestalten und gute Lösungen für die Menschen umsetzen.~~

~~Auftragsweise bewirtschaftete Mittel sind für die Bezirke zu kompliziert und sichern keine dauerhafte Finanzierung. Wir setzen uns dafür ein, Sonderprogramme zurückzufahren und stattdessen die Regelfinanzierung zu stärken. Mittel sollen verstärkt in die Globalbudget-Finanzierung überführt werden. Neue Sonderprogramme sollen nur noch reduziert, klar befristet, wirkungs- und zielorientiert und von Anfang an mit einer Perspektive für die Überführung in die Regelfinanzierung aufgesetzt werden. So stärken wir die Arbeit der Beschäftigten und die Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit des Bezirks dauerhaft.~~

Begründung

Der gelöschte Abschnitt soll in ein erstes eigenes Kapitel überführt werden, dass "Nachhaltige Wirtschaft - für eine grüne Zukunft" heißen könnte. Die Antragsänderung ist von Dagmar Kempf auf Grund von technischen Gründen schriftlich per E-Mail eingegangen. Der Eingang war fristgerecht.